

Frankfurter Post

1922年9月2日
第3087号

Ercheint 2-mal wöchentlich:

am **Mittwoch** und am **Samstag**
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Geschäftskunden: werktäglich von 9—11
Uhr vorm. — Sprechstunde der Redak-
tion: In der Wohnung des verantw.
Redakteurs — Subhoff-Str. (früher Malaja
Stubebnaja) Nr. 18., Du. 6, im Hof—wert-
täglich von 6—7 Uhr abds.

Nr. 34

Wissig, Sonnabend, den 2. September 1922.

14. Jahrgang.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die
Mittteilung, daß unsere vielgeliebte
Olga Erna Kuhn
geb. **Vohrer**
im Alter von 28 Jahren am 18. August a. c. in
Waldheim bei Heidenhof nach langem, schwerem
Leiden sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Politische Nachrichten.

Nach Schluß der Verhandlungen mit den Mitglie-
dern der Reparationskommission Bradbury u. Mau-
clair, die deutscherseits vom Reichskanzler Dr. Wirth und
dem Reichsfinanzminister Dr. Gerns besetzt wurden, hat
die deutsche Regierung eine Bekanntmachung über das
Resultat derselben ergehen lassen. Vorschläge und Gegen-
vorschläge seien gemacht und geprüft worden, doch
habe man bisher keine Verständigung erzielt. Die beiden
Delegierten seien nach Paris zurückgekehrt, um der Repara-
tionskommission Bericht über ihre berliner Mission zu
erhalten und vor allen Dingen die deutschen Gegenvor-
schläge zu unterbreiten sowie die augenblickliche Lage
Deutschlands nach den eigenen Wahrnehmungen zu schildern.
Die deutsche Presse veröffentlicht Einzelheiten
der deutschen Gegenanschläge, betreffend Garan-
tien für die deutschen Holz- u. Kohlenlieferungen. Die
deutsche Regierung hat den Abschluß von Verträgen
mit deutschen Industriellen bezw. Spinnfabri-
ken ins Auge gefaßt, laut welchen die Verantwortung für
reidestige Belieferung der interessierten Länder auf
sich übertragen würde. Die Industriellen hätten ihre
Bereitschaft hierzu im voraus erklärt. Die Verträge
würden zum Jahre 1923 anlaufen. Die Repara-
tionskommission hat der deutschen Regierung mit-
geteilt, daß ihre Entscheidung in der Frage des
Moratoriums nicht vor dem 30. August zu erwarten
sei. Zugleich hat sie der deutschen Regierung anheim-
gestellt, Unterhändler nach Paris zu entsenden, zwecks
früherer Begründung besagter Gegenanschläge. Unter-
staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium ist
daraufhin im Auftrage der Regierung sofort nach Paris
abgereist. Die Entscheidung der Reparationskommission
kann bei Schluß der Redaktion noch aus. — An-
sichts der Wirtschaftskrisis, die durch den katastrophalen
Sturz der Mark (Dollarkurs: 1500 Pfrermark!) be-
dingt erscheint, hat das Reichskabinett unter dem
Vorstand des Reichspräsidenten Ebert und unter Beteiligung
ehemaliger Staatspräsidenten und Minister der einzelnen
Länder am 28. August eine Sitzung abgehalten, auf
welcher über Mittel und Wege zur unerbittlichen Ein-
schränkung der Ausgaben als überaus besorgniserregend gel-
tenden Not der Bevölkerung, insbesondere der mitt-
leren Schichten derselben und der Arbeiterschaft, beraten
wurde. Ueber das Ergebnis dieser wichtigen Beratung
hat bei Schluß der Redaktion noch nichts Bestimmtes be-
kannt. — Der deutsche Gewerkschaftsverband hat
sich an die Gewerkschafts-Internationale (Am-
sterdam) mit der Bitte um Hilfe gewandt, und sind in-

folgedessen Abgeordnete derselben, unter anderem auch der
Franzose Zuhauz, nach Berlin gekommen, um mit
dem Reichskanzler Dr. Wirth über die zu ergreifenden
Maßnahmen Rat zu pflegen. Die Gewerkschaften
schlagen u. a. vor, daß die Lebensmittel und notwen-
digen Verbrauchsgüter, wie z. B. Kleider u. Schuh-
zeug, von der Regierung beschlagnahmt und, wie zur Zeit
des Krieges, rationiert würden; ferner, daß für die Mark
ein Zwangskurs im Lande eingeführt und sämtliche fremde
Devisen (ausl. Geldzeichen) konzentriert würden; daß die
Bestimmungen über Behinderung der Kapitalflucht ver-
schärfert würden usw. — In Berlin soll, wie über
Moskau mitgeteilt wird, eine Panik die Bevölkerung
ergriffen haben, als plötzlich die Kaufleute Bezah-
lung fast ausnahmslos in Dollars, statt in Mark, bean-
spruchten! Das Leben in Berlin, wie überhaupt in
Deutschland, sei in der Zeit vom 14. bis 28. August, also
in nur 2 Wochen, um 50%, teurer geworden. Die Ver-
hältnisse gestalteten sich ähnlich wie in Wien und im ü-
brigen Deutsch-Österreich, wo man für ein Laib Brot
(2 1/2 Pf.) gegenwärtig schon über 5000 Kronen zahlen
müsse. — Lloyd George und Winston Churchill
haben ihre Ferien unterbrochen und sind nach London
zurückgekehrt, weil, wie es heißt, die Entwicklung der
Reparationsfrage ihre Anwesenheit dringend erfordere. —
Der französische Ministerpräsident Poincaré hat in
Paris eine Rede gehalten, die in der politischen
Welt viel Staub aufwirbelt hat. Sie enthielt u. a. die
von P. schon so oft vorgebrachte Behauptung, daß
Deutschland sehr wohl zahlen könnte, wenn es nur
wollte; bisher habe es nicht mehr als 4 Milliarden Gold-
mark entrichtet; England würde aus Eigenem die deutsche
Politik gegen Frankreich auszuspielen, aber es vergesse,
daß ihm Gefahr drohe, vom Festland abgeperrt zu werden,
wenn es sich Frankreich zum Gegner mache usw. Die
pariser Presse leidet natürlich — mit geringen Aus-
nahmen — Poincaré pflichtschuldigst Gefolgschaft und spielt
gegen England gleichfalls den größten französischen Trumpf
— die Kontinentalperre — aus, begleitet von dem üblichen
Wortschwall von heftiger Ausfälle an die
Adressen Deutschlands. Zu diesen Auslassungen
bemerken die londoner Zeitungen „Pall-mall“ und
„Globe“, daß der französische Premierminister augen-
scheinlich mit der französischen Presse Hand in Hand gehe,
welch letzterer England kaum weniger verhasst sei als
Deutschland. Frankreich habe eben den besten Moment,
von Deutschland Vergütung zu erhalten, verpasse, indem
es von einer geradezu unfinnigen Sucht nach Geld besessen
sei und nicht verstehen wolle, daß dieses in dem Ausmaße,
wie Frankreich es zu finden hoffe, gar nicht mehr existiere.
Wäre es klug gewesen, so hätte es das deutsche Anerbie-
ten, die verödeten Provinzen mit deutschen Arbeitskräften
wiederherzustellen, ohne weiteres angenommen. Das ein-
zige, was Frankreich an barem Gelde in Deutschland jetzt
noch vorfinden werde, das seien die wertlosen Papiermark.
Frankreich halte vergebens an der Wahnvorstellung fest,
daß es seine wirtschaftlichen Schäden heilen könne, indem
es fortwährend mit dem Sabel rassele. Die „Deutsche
Allgemeine Zeitung“ führt anlässlich der Rede Poincaré's
zahlen ins Feld, nach denen zu urteilen, Deutsch-
land sein möglichstes getan hat, um die Entente, vor al-
lem Frankreich, zufriedenzustellen, und erinnert hierbei
— abgesehen von den Darlehens — besonders an das in
den abgetretenen Gebieten den Gegnern überlassene deut-

sche Staatsgebiet, ferner an die Deutschland abgenom-
mene Handelsflotte, an das abgelieferte Eisenbahnmateri-
al, an die Kohlengruben des Saargebietes, an den kostspieligen
Unterhalt der Besatzungstruppen und an die Vorteile,
welche die Ententemächte von sonstiger Vermögensüber-
nahme Deutschlands (Konfiskation deutschen Eigentums etc.) im
Ausland und in den deutschen Kolonien gehabt hätten.
Hierzu kämen dann noch die den Gegnern ebenfalls zum
Vorteil reichenden indirekten Verluste Deutschlands in-
folge Ausfalls der Erträge von Landwirtschaft und Indus-
trie in den verlorenen Provinzen. Das Büro Wolff
weist die von Poincaré gegen Deutschland erhobene Ver-
schuldigung, als habe es sich gegenständig den Reparations-
zahlungen entzogen, mit Berufung auf folgende Tatsache
zurück: Deutschland habe bis zum heutigen Tage in bar,
an Sachwerten und Unterhaltskosten für die Dislokations-
armeen in Totalsumme bereits mehr als 38 Milliarden
Goldmark geleistet, und wenn man hierzu noch den Wert
der ihm entziffenen Landesteile und Kolonien hinzurechne,
so ergebe das zusammen 100 Milliarden Goldmark, was
ungefähr ein Drittel des deutschen Nationalvermögens vor
dem Kriege ausmache. — „Echo de Paris“ meint, es
sei unwahrscheinlich, daß Deutschland in den Völ-
kerbund eintreten werde. Sollte es dennoch um die
Aufnahme in denselben nachsuchen und dieser Bitte nach-
gegeben werden, so müßte es auch alle Bedingungen, die
das Statut des Völkerbundes vorsehe, erfüllen, widrigen-
falls Frankreich aus letzterem austreten würde. Diese
Meinungsbildung des genannten Blattes hängt offenbar mit
der Joeben von der Funktion in Hannover verbreiteten
Ankündigung zusammen, nach welcher Lloyd George
beabsichtige, auf der bevorstehenden 3. Völkerbunds-
versammlung den Antrag zu stellen, Deutschland so-
wie Rußland, Amerika, Ungarn und noch einige der
bisher nicht zum Völkerbund gehörenden Staaten zum
Eintritt in diesen aufzufordern, um so einen wahren
Völkerbund zu schaffen, der allein den Frieden in
der Welt wiederherstellen und dauernd sichern würde.
Wie dem aber auch sei, eins steht unweifelhaft fest, daß
von Seiten Deutschlands, ebensowenig wie von Seiten der
anderen oben erwähnten Staaten, bisher der geringste Ver-
such gemacht worden ist, in den Völkerbund aufgenommen
zu werden. — In der früher deutschen, jetzt polnischen
obererschlesischen Stadt Kattowitz hat ein Jude-
nagogum aufgefunden, bei dem der Rabbi zahlreiche jüdische
Geschäfte geplündert u. deren Besitzer mißhandelt hat, ohne
daß die polnische Polizei eingeschritten wäre. — Die polni-
schen Grubenarbeiter in Oberschlesien protes-
tieren gegen die Verletzung der Versprechen, die
ihnen während der Volksabstimmung von polnischer Seite
gemacht wurden. Die obererschlesische „Grenzzeitung“ schreibt,
daß sich Polnisch-Oberschlesien in einem Zustand außer-
er Not befinde, und daß die Beamten noch eben, im 3.
Monat der polnischen Verwaltung, lediglich auf die lärg-
lichen Vorwürfe, die sie auf ihren Gehalt feinerzeit bekom-
men haben, angewiesen sind. — In der franz. Hafenstadt
Le Havre hat sich ein jüngst ausgebrochener Streik der
Seleute dadurch, daß Gewaltmaßregeln gegen letztere
angewandt wurden, die von blutigen Folgen begleitet
waren, und daß sich den Streikenden 40 000 Arbeiter
angeschlossen haben, zu einem Ereignis entwickelt, dem
eine ernste politische Bedeutung beigemessen wird. — Der
neuernannte Bevollmächtigte der R. S. F. S. A. (Sowjet-
Rußland) für China Zoffe, der bei Abschluß von Verträ-

gen, so namentlich auch des russisch-polnischen Vertrages von Riga, stets bedeutende Erfolge zu erzielen gewußt hat, ist in Bekling eingetroffen und mit großer Feierlichkeit empfangen worden. Hierbei drückte Joffe die Zuversicht aus, daß es ihm gelingen werde, nicht nur den Abschluß des in Aussicht genommenen Handelsvertrags in die Wege zu leiten, sondern mehr als das: ein „Freundschaftsverhältnis“ zwischen Rußland und China aufzurichten, das allein geeignet scheine, den beiderseitigen Interessen die nötige Auswirkung zu gewährleisten. — Die von der pariser Presse verbreitete Nachricht über den Abschluß eines deutsch-russisch-chinesischen Handelsvertrages wird, einem neueren Funkbericht zufolge, in gut unterrichteten Berliner Kreisen für grundlos erklärt.

Berliner Stimmen zum Thema „Die Entwertung der Mark“.

In der „Voss“ wird gesagt, die Reichsregierung habe eine Stundung der monatlichen Darzahlungen auf Reparationskonto nicht deshalb verlangt, weil sie einen Wechsel ihrer Einstellung vollziehen oder vorbereiten wolle, sondern als unentbehrlichen Schutz gegen eine völlige Zerfallung der deutschen Währung und der deutschen Wirtschaft: sie könne also auch die französische Forderung weiterer Leistung der Zahlungen unter keinen Umständen annehmen, weil die Politik der Erfüllung, an der sie festhalte, sich sonst in eine der Selbstzerstörung verwandeln würde, zu der kein deutsches Kabinett, welcher Richtung es auch sei, seine Hand zu bieten vermöge. — In Handelsblatt der „Voss“ schreibt Steinbrer, man könne diesmal nicht behaupten, daß der Anstoß zu der fortschreitenden Entwertung der deutschen Mark von den deutschen Märkten ausgehe; der innerpolitische Streit (Kampf der Parteien untereinander) sei durch die Verhältnisse zwischen den Weltmarktspezifika und den Unabhängigkeiten einerseits und zwischen dem Zentrum und den Demokraten und der Deutschen Volkspartei andererseits im wesentlichen geschlichtet; dem Wille des Reichs mit Bayern wegen Abänderung des Gesetzes zum Schutz der Republik, der heute bereits als erdhüllig bezeichnet gelten darf, werde kein ernsthafter Beobachter die Schuld an der Katastrophe des Marktwahns zuschreiben; der pessimismus des Auslands, der also nicht auf Deutschlands Schuld- u. Verantwortungskonto komme, müsse auf die Unbeuntheit und Unnachgiebigkeit der Entwertungsrichtungsgeführt werden, die sich in der Unmöglichkeit einer erträglichen Regelung der Haupt- und Nebenleistungen der Reparation befinde. — Im „Voss“ erinnert Harnisch an Goethes Wort: „Die Erfüllungspolitik sei längst eine Katastrophopolitik geworden“, und sagt weiter,

Deutschland habe heute nicht mehr die Wahl zwischen dem Ende mit Schrecken und dem Schrecken ohne Ende, es „gehe in Klump“, wenn nicht endlich das längst fällige „Nein!“ gesprochen, nicht an ihm festgehalten werde. — In der „Germania“ steht zum Schluß einer eingehenden Würdigung der wirtschaftlichen Unvernunft der vom Geiste der Rage und des Hasses geleiteten französischen Politik, jede Verschlechterung der Mark bedeute eine Herabdrückung der Lebenshaltung des deutschen Volkes, es gebe aber eine Grenze, wo die Hungersnot die Menschen zum Wahnsinn treibe; eine ihrer Pflicht bewusste Regierung müsse auf diese Vorgänge ihre ganz besondere Aufmerksamkeit richten; Deutschland habe nicht die Mittel, den französischen Imperialismus in die Schranken der Vernunft zu zwingen, es könne aber niemand von ihm verlangen, daß es Selbstmord verübe, und es könne sich also leicht eine Situation entwickeln, in der die Reichsregierung erklären müßte, daß sie trotz aller ihrer Bemühungen nicht mehr imstande sei, irgendwelchen Reparationsverpflichtungen für die nächste Zeit nachzukommen. — In der „Berl. Börsen-Zeitung“ appelliert Jäger an leitender Stelle an die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Er legt dar, daß die neue Wut Frankreichs gegen Deutschland hauptsächlich zurückzuführen sei auf die Verlautbarungen aus Washington, daß Englands und Frankreichs Hoffnungen auf eine Neuregelung der interalliierten Kriegsschuldfrage sich als etel erweisen dürften, und sagt dann: „Als in dem Augenblick, wo Amerika die Notwendigkeit des Eingreifens erkennt, muß sich der Druck, mit der Entwertung wachsend, von London über Paris auf Berlin fortklagen; es liegt allein in der Hand Amerikas, zu verhindern, daß es Deutschland, welches die untere Schicht der Glendehyramide bildet, eine Hilfe wie bisher Rußland leisten müßte; aber es darf dann nicht mehr länger zögern, weil das Schiff im Sinken ist.“ — Die „Deutsche Zeitung“ bemerkt u. a., sie habe angesichts der seinerzeit erfolgten Ankündigungen von Maßnahmen gegen die Markentwertung gehofft, daß diese schon vorbereitet seien, also ein Gesetz zum Schutz der Mark ebenso schnell verabschiedet werden würde wie längst das Gesetz über den Schutz der Republik; statt dessen müßten jeden Tag 500 Deutsche zugrunde gehen, damit 5 neue Millionen aus der Mitte der in Deutschland sich unentwegt breitmachenden Fremdschamwigen dank fortschreitender Markentwertung und uneingeschränkter Spekulation hervorzögeln. — Im „Vorwärts“ wird gesagt: könne man durch eine Zentralisierung der Devisen den Marktwahns nicht dauernd hüten, so müsse man bemüht sein, die Markbeträge, die Anlage in Goldwerten finden, durch Aufnahme einer Goldanleihe zu festeln, usw.

Das neue Kohlenlieferungsprogramm.

Die Reparationskommission hat in ihrer Sitzung vom 21. 7. das Lieferungsprogramm Deutschlands in Kohlen für den Zeitraum August bis Oktober d. J. festgelegt. Man verlangt 1 726 000 T., darunter 720 000 T. Kohlen, falls sich in den drei Monaten die deutsche Kohlenförderung auf mehr als 8 300 000 T. stellt, sollen von dem Ueberschuß 20 Prozent außer den genannten 1 726 000 T. geliefert werden.

Krelinki, Gesandter der russischen Sowjetregierung in Berlin.

Der neue Gesandte der Sowjetregierung Nikolai Nikolaewitsch Krelinki, welcher unlängst dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat, wurde 1883 als Sohn eines Gymnasiallehrers geboren. Er studierte Jura und war Rechtsanwalt zunächst in Petersburg, sodann im Uralgebiet. 1903 trat Krelinki in die sozialistische Partei ein und schloß sich bei deren Spaltung der bolschewistischen Richtung an. Im Herbst 1914 wurde er wegen Agitation gegen den Krieg ausgewiesen. Von 1917 bis 1921 war er Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, vom März 1919 bis März 1921 Sekretär der Parteileitung. („Neue Preussische Zeitung“)

Empfang bei Reichsminister.

Mittwoch, d. 26. Juli, fand zum ersten Male seit Kriegesbeginn ein politischer Empfangsabend in der Berliner russischen Botschaft statt. Eine große Zahl hervorragender Persönlichkeiten aus der Diplomatie und Gesellschaft nahm an dem Empfang teil. Außer dem Gastgeber sah man u. a. Reichsminister Dr. Brüning, den deutschen Vertreter in Moskau Dr. Wiedersfeld, Winterdirektor von Koltzsch und als Vertreter des Auswärtigen Amtes Graf Brodorsky-Rantau, der zum Deutschen Botschafter in Moskau ausgesendet sein soll, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps mit ihren Damen, sowie die sowjetrussischen Vertreter an Orlowitsch und der Kischelowski, Landesdirektor von Winterfeld vom roten Kreuz und einige Vertreter der Volkswirtschaft. Die Herren waren größtenteils in Frack, die Damen in Balltoilette erschienen.

Der deutsch-russische Handel.

Im Juli trafen in Noworossijel (am Schwarzen Meer) auf dem Seewege 50 in Deutschland beschickte Birkenernwagen für die Baku-Petro-

Feuilleton.

Die Jugendwohlfahrtspflege im Kampf mit den Notständen der Jugend.

(Schluß.)
b) Gesetzliche Maßnahmen.

Die Zusammenfassung aller vorhandenen und neu geschaffenen öffentlichen und privaten Jugendwohlfahrtsbestrebungen zu möglichst einheitlicher und wirksamer Arbeit war seit langem das Ziel aller derer, die in der Praxis die mannigfache Zersplitterung und die damit verbundene Vergeudung von Geld und Arbeit erlebt hatten. Die gesetzliche Grundlage dafür will das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz schaffen.

Die öffentliche, gesetzlich geordnete Jugendhilfe, deren Träger Staat und Gemeinden sind, umfaßt heute in Deutschland folgende Gebiete: die Beaufsichtigung der Kinder, die außerhalb des Elternhauses in Pflege gegeben sind, die Bevormundung der Waisen und Unheilichen, die Fürsorge für die armen, rechtlich hilflosen Kinder, die Schulaufsicht und Zwangserschulung für gefährdete Jugendliche. Diese Gebiete sind bisher zumeist landesgesetzlich geregelt. Das Jugendwohlfahrtsgesetz ordnet sie reichsgesetzlich, und indem es dadurch eine größere Einheit schafft, entwickelt es zugleich die Jugendwohlfahrtspflege insallig weiter, entzweihend dem im ersten Paragraphen des Gesetzes ausgesprochenen, auf die Verfassung zurückgehenden Grundsat: „Jedes deutsche Kind hat ein

Recht auf körperliche, geistige und sittliche Erziehung“. Der Sinn des Gesetzes ist: die öffentliche Jugendhilfe so lädenlos und wirksam zu gestalten, daß kein irgendwie hilfbedürftiges Kind ihr entgeht. Diesem Zweck dient ein Netz von „Jugendämtern“, das über das ganze Deutsche Reich gesponnen werden soll. Die Jugendämter sind Einrichtungen der Selbstverwaltung (der Städte oder der Landkreise) und sollen neben ihren amtlichen Mitgliedern auch Vertreter der freiwilligen, privaten Jugendwohlfahrtspflege umfassen. Sie haben in erster Linie die erwähnten Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe durchzuführen, darüber hinaus aber Einrichtungen und Veranstaltungen anzuregen, zu fördern oder nötigenfalls zu schaffen für Mutter- und Kinderschutz, Wohlfahrt der Säuglinge und Kleinkinder (also: Fürsorge für die Säuglinge durch Ärzte und Säuglingspflegerinnen, Säuglingsheime, Kinderbewahranstalten etc.), Wohlfahrt der Schulkinder außerhalb der Schule (Spielplätze, Orte, sozialpfliegerische Überwachung der Kinder durch Schulpflegerinnen und dergl.), Wohlfahrt der schulentlassenen Jugend (d. h. Förderung von Sport und Wanderungen, Geselligkeit und Fortbildung, Berufsberatung usw.). Durch die Beteiligung der freien, privaten Organisationen für Jugendwohlfahrt an den Jugendämtern soll das Jugendamt vor bürokratischer Erstarrung bewahrt werden, andererseits soll das vielfach unzuverlässige und planlose Nebeneinander zahlreicher Vereine auf den gleichen Gebieten in ein geordnetes Miteinander übergeführt werden. In den deutschen Einzelstaaten sollen Landesjugendämter, für das Reich wird ein Reichsjugendamt errichtet werden.

Insoweit die Regelung der einzelnen Aufgaben der Jugendämter einen Fortschritt über den bisherigen Stand darstellt, kann nicht in einzelnen dargelegt werden. Nur das Wesentliche sei hervorgehoben.

Sämtliche unehelichen Kinder unterstehen nach dem neuen Gesetz mit dem Augenblick der Geburt dem Jugendamt des Geburtsortes als Vormund (Amtsvormundschaft). Damit wird erreicht, daß sofort die Rechte und Interessen des Kindes von einer amtlichen Stelle mit allem Nachdruck verfolgt werden, während die bisher übliche Befassung eines ehrenamtlichen Eingelovornunbes sich vielfach zu ausreichender Wahrnehmung dieser Interessen, vor allem in der Veranlassung des unehelichen Vaters zur Zahlung, nicht fähig gezeig hat. Es kann auch schon vor der Geburt des Kindes ein Antrag der Mutter oder des Jugendamtes ein Pflegeverbestell werden, der dann, wenn das Kind geboren ist, Bestmund wird.

Wenn durch diese und andere Maßnahmen erreicht werden soll, daß kein hilfbedürftiges Kind ohne wirksame öffentliche Fürsorge bleibt, so folgt andererseits das Gesetz dafür, daß diese Fürsorge nicht in die Grenzen der bloßen Armenpflege, d. h. der Fürsorge für die äußere Lebensbedürfnisse, eingeschränkt bleibt. Fürsorge für ein Kind umfaßt unter allen Umständen seine Erziehung und Erwerbsbefähigung. Aufwendungen dafür macht das Gesetz obligatorisch, es entrückt damit die Jugendfürsorge grundsätzlich der Anwendung armenpfliegerischer Begriffe von dem „notwendigen Lebensbedarf“.

Der Grundsatz rechtfertigter, lädenloser und wirksamer



Industrie ein. — Seit Abschluß des Rapallo-Vertrages sind, wie die Moskauer „Izwestija“ zu berichten wissen, von deutschen Firmen zahlreiche geschäftliche Anfragen an russische Fabriken ergangen, die auf die Wiederaufnahme der durch den Krieg unterbrochenen Beziehungen abzielen, so z. B. bei Fabriken des Industriegebietes Dschowu u. a. — Unlängst sind größere Partien Holz im Austausch gegen verschiedene Materialien und Waren, deren Rußland dringend bedarf, nach Deutschland befördert worden. Auch geschrotetes (grob gemahlenes) Korn ist auf mehreren Dampfern von Rußland nach Deutschland transportiert worden. — In Königsberg ist auf dem 18. August eröffnete D. A. Messe die russische Abteilung, das sog. „Russische Haus“, eine Ausstellung von Rußland russischer Exportwaren, zum Teil auch größerer Partien derselben, besonders lebhaft besucht. Aus verschiedenen Städten Deutschlands sind zahlreiche Kaufleute eingetroffen, um freigeht mit den hier vertretenen russischen Organisationen („Zentralfiskus“ u. a.) Lieferungsverträge abzuschließen. Die Preise sind hoch; der resultierende Verlauf der Londoner Konferenz und das weitere Sinken des Marktkurses haben begreiflicherweise die Stimmung der Kauflustigen bis zu einem gewissen Grade gedämpft, und mancher enthält sich der beabsichtigten Bestellungen, trotzdem hier ist die Zahl der Abschlüsse, namentlich auf Textil- u. Lederwaren, eine wider alles Erwarten große. Die vorhandenen Waren sind meist schon ausverkauft. Auf dem Bankett, das das Ausstellungs-Komitee veranstaltete, traten u. a. zehend auf: der örtliche Bürgermeister, der russische Ministerpräsident und einige Vertreter der deutschen Industrie (Sugo Stinnes ist auf der Messe gleichfalls vertreten), die wie aus einem Munde die Notwendigkeit und die Möglichkeit enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland betonten, wozu der Rapallo-Vertrag vor allem die Wege gebahnt habe. Unter den russischen Waren werden folgende namentlich genannt: Flach, Seid, Borsten, Koffhaare, Leder, Rauchwerk, Daunen, Edelsteine, Erzergüsse des Hausleibes (Stickerien, Epigen), Holz- und Tonwaren, Tabak, Naphta etc. — Von allergrößter Wichtigkeit ist aber z. B. der grundsätzliche bereits beschlossene Handelsvertrag zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland (in Erweiterung des Rapallo-Vertrages), über dessen Abschluß die beiderseitigen Verhandlungen (deutsch-russ) bereits eingeleitet sind. Die Ukraine und die Transkaukasischen Sowjetrepubliken (Armenien, Aserbeidjan und Georgien) werden an dem Vertrag beteiligt sein, und sollen deshalb zur Ausarbeitung besonderer Einzelverträge für sie, sowie solche auch die örtlichen Verhältnisse bedingt erscheinen, unverzüglich entsprechende Kommissionen eingesetzt werden, wählend die Hauptverhandlung auf russischer Seite wird der

mer Erfahrung jeder äußeren und inneren Kindnot bestimmt auch die Fürsorge für die sittlich gefährdete Jugend. Das Jugendwohlfahrtsgesetz stellt die Einrichtung der „Schulaufsicht“, die in der Praxis schon vielfach vorhanden ist, auf gesetzliche Grundlagen, deren körperliche, geistige oder sittliche Entwicklung bedroht erscheint, kann ein Helfer bestellt werden, der die Erziehung des Kindes in ihren Pflichten zu unterstützen hat. Durch solche Schulaufsicht soll verhindert werden, daß leichte Fälle der Verwahrlosung sich erst zu schweren entwickeln, bei denen dann Fürsorgeziehung notwendig wird.

Die Fürsorgeziehung (staatliche Erziehung) tritt ein, wenn aus der Unzulänglichkeit der Familien-erziehung das Kind in Gefahr gerät, sich selbst und der Allgemeinheit zur Bürde zu werden. Sie ist grundsätzlich unabhängig vom Willen der Erziehungsberechtigten und erfolgt unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten. Die früheren Gesetze knüpfen die Fürsorgeziehung in höherem Maße an die Bedingung, daß die Eltern ein Verbrechen trifft, u. schränken das Recht des Staates, ohne diese Voraussetzung in ihre Macht einzugreifen, auf Fälle ein, in denen das „böse Joch Verderben“ des Kindes zu befürchten war. Das führte dazu, daß die Fürsorgeziehung vielfach zu spät eintrat, wenn die Möglichkeiten eines Erfolges zerstört waren oder sich doch sehr verschlechtert hatten.

In allen Aufgaben, die das Gesetz der Jugendwohlfahrtspflege stellt, hat es sich nicht nur auf Beamte, sondern es rechnet mit der freiwilligen Beteiligung der Bevölkerung, die aus eigener Kraft, gehät auf eine starke

Vollkommissar des Außenhandels Rostkin als Unterhändler genannt) in Berlin oder in Moskau stattfinden wird. Rostkin äußerte sich jüngst Berichterstatter ausländischer Blätter gegenüber, daß, wie wenig mutig das deutsche Kapital in bezug auf geschäftl. Unternehmen in Rußland eben auch sei, er dennoch die feste Überzeugung hege, daß der Vertrag zustande kommen und die Wechselbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland ungeheuer fördern werde.

Zum Wiederaufbau der russischen Landwirtschaft.

In den Moskauer „Izwestija“ macht Professor Kondrajew hierzu folgende Angaben: Die bebauete Fläche ist um 40%, der Viehbestand um 25—30%, und der Bestand an totem Inventar (hauptsächlich landw. Maschinen und Geräte) um 15—40% zurückgegangen. Für den Wiederaufbau der russ. Landwirtschaft benötigt man einer Summe von 2—3 Milliarden Goldrubel. Rechnet man noch hinzu die erforderlichen Ausgaben für Instandsetzung der An- und Abfuhrwege, der Elevatoren und sonstiger mit der Landwirtschaft im Zusammenhang stehender Einrichtungen, so benötigt man nicht 3, sondern 9—10 Milliarden Goldrubel. Ausländisches Kapital, das selbst vor dem Kriege in der russischen Landwirtschaft nur eine verhältnismäßig geringe Summe (etwa 1/2 Milliarde) investiert (angelegt) hatte, wird jetzt für diesen Zweck kaum zu haben sein. Man sucht es heute übrigens auch nur zur Wiederherstellung der Eisenbahnen und anderer Verkehrsmittel und, was die Landwirtschaft anlangt, allenfalls zur Ergänzung des lebenden und toten Inventars. Prof. Kondrajew bemerkt zum Schluß u. a., daß es aber „gänzlich unzulässig wäre, landwirtschaftliche Konzessionen an Ausländer zu vergeben“.

„Der Wolgadeutsche“.

(Eine neue Zeitschrift für das Wolgadeutschtum.)

D. A. J. — In Berlin ist am 3. Juni die erste Nummer einer neuen Zeitschrift „Der Wolgadeutsche“ herausgegeben worden, die als unabhängige Wochenchrift für die kulturelle und wirtschaftliche Förderung des Wolgadeutschtums von der Wolgadeutschen An- und Verkaufs-Gesellschaft und vom Hilfswerk der Wolgadeutschen herausgegeben wird. In einem Einleitungsaussatz wird betont, es handle sich jetzt um die Erringung des Wolgadeutschtums, Krieg, Revolutionswirren, Hunger und Seuchen hätten den wolgadeutschen Brudersinn um die Hälfte vermindert, die letzten 250 000 Wolgadeutschen kämpfen jetzt hungernd gegen ihre Auslöschung. Komme man ihnen nicht zu Hilfe, so werde der Kampf nur mit ihrem

gescheiterte Organisation, die Schäden überwinden soll, die der Krieg der Jugend in besonders hohem Maße hinterlassen hat.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz läßt die Rechtsstellung des Kindes und das Strafverfahren gegen jugendliche unberührt. Diese beiden Gebiete werden durch besondere Gesetze einer Neuorganisation unterworfen.

Hundertjahrfeier der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte.

In der Zeit vom 18. bis 24. September d. J. wird in Leipzig die Hundertjahrfeier der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte stattfinden. Zu den Hauptthemen der Verhandlung: Relativitätstheorie, Wiederherstellungszentrale, Berechnungslehre, Elektrolytwirkung im Organismus — werden u. a. Berichte erstattet werden von den Professoren Einstein, Schid, Bier, Berger, Reichenheimer, Oswald, Johannesen (Rohpoggen) und Spiro (Basel). Auch wird Eugen Hedin einen Vortrag über das Hochland am Tibet und seine Bewohner halten. Einladungen seitens der deutschen Regierung zur Beteiligung des Auslands werden nicht ergehen, weil es sich um die Veranstaltung einer freien wissenschaftlichen Körperschaft handelt. Im Hinblick auf die große wissenschaftliche Bedeutung der genannten Gesellschaft halten wir es daher umsomehr für unsere Pflicht, die Aufmerksamkeit der interessierten Kreise auf diese Jahreshundertfeier hinzuwenden.

Untergang enden. Rasche und energische Hilfe ist eines der Hauptanliegen. Dafür wolle sich die Zeitschrift in allererster Linie einsetzen. Eigene politische Ansichten der Herausgeber sollen zurücktreten hinter dieser Notwendigkeit. Ministerpräsident A. D. Strecker wird alsbald dem Blatte einen Leitartikel „Die Wälder der Volksgemeinschaft“, in dem er diesen Zielen und Absichten der Herausgeber beitrifft Dr. Gestrup Weber berichtet über die Sammlung „Brüder in Not“. Eine ganze Anzahl von Originalberichten aus den Hungergebieten erzählt Entschliches über die Leiden der Stammesbrüder. Unter anderem wird auch berichtet, daß der zurzeit in Berlin weilende Bevollmächtigte des 8. und 9. wolgadeutschen Komitees, der bei der Moskauer Zentralregierung, Alexander Schneider, sich in Berlin aufhalte, um hier landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge für die Wolgafolonien anzukaufen. Eine deutsch-russische Gesellschaft, die in Berlin im Kaiserpalast ihren Sitz hat, vermittelt die Bestellungen. Es seien bisher 10 Traktoren, 12 Kraftautos, 3 Personenvagen, 150 Grassmäher, 100 Pflanzmaschinen, 15 000 Säen, 15 000 Heugabeln und kleine Geräte für das Wolgadeutschtum abgegangen, das in Form von Rohmaterialien (Häute, Borsten, Koffhaare, Wolle) im Wert von 10—12 Millionen Reichsmark demnach diese Käufe bezahlen werde. Eine weitere erfreuliche Nachricht des neuen Blattes ist die, daß ein hochherziger Spender dem deutschen nationalen Hauptquartier der Heilsarmee eine Million Mark für die Wolgadeutschen zur Verfügung gestellt hat, und daß ein Vertreter der Heilsarmee in das deutsche Wolgabgeleit reise, um Hilfe zu bringen. Ein dritter Lebensmittels- und Kleintiertransport des Hilfswerks der Wolgadeutschen ist am 17. Mai nach den deutschen Wolgafolonien abgefertigt worden. Ende April ist in Minst für die wolgadeutschen Flüchtlinge eine deutsche Krankenhaus-Einrichtung eröffnet worden, die von vorläufig 25 Betten auf 100—110 Betten gebracht werden soll. Es handelt sich meistens um Hungerkranke. Erfreulich ist dem allgemeinen Trauerbilde wirkt die Nachricht, daß die Ernteaussichten in den deutschen Wolgafolonien anscheinend nicht schlecht sind. Es sind trotz furchtlicher Entbehrungen über 300 000 Desjatinen Frühjahrsfrucht beizelt worden, mindestens 50 000 mehr als man unter Berücksichtigung der Verhältnisse hätte planen und erwarten können.

Berein der Kaukasusdeutschen in Deutschland.

Protokoll der Generalversammlung des Vereins der Kaukasusdeutschen v. 20. 5. 22 *

Die erste ordentliche Generalversammlung des Vereins der Kaukasusdeutschen wird vom Vorsitzenden Herrn J. Kaeffer um 8^{1/2} Uhr abends eröffnet. Die Mitglieder und die Gäste werden von Herrn Kaeffer auf herzlichste begrüßt. Er teilt den Anwesenden mit, daß es dem Vorstand nach vieler Mühe gelungen ist, die Sitzungen des Vereins in das Vereinsregister eintragen zu lassen, und daß der Verein somit als juristische Person auftreten kann. Nach den neuen Satzungen hat sich der Verein größere und höhere Ziele gesetzt. Der Vorsitzende erläutert die Satzungen des Vereins, fordert die Mitglieder auf, tätiger zu sein als bis jetzt und an den großen Zielen des Vereins reger mitzuwirken.

Laut den Satzungen des V. B. (Eingetragener Verein) muß die ordentliche Generalversammlung von einem anderen Vorsitzenden geleitet werden, und Herr J. Kaeffer bittet daher um die Wahl eines solchen.

Die Wahl fällt auf Herrn Egon Kaeffer, welcher die Leitung der ordentlichen Generalversammlung übernimmt und Herrn J. Kaeffer das Wort zur Berichterstattung erteilt.

Herr J. Kaeffer führt in seinem Referat über die Entstehung des Vereins und dessen Aufgaben folgendes aus: Der Verein ist im Jahre 1919 als lose Vereinigung der Deutschen aus dem Kaukasus von etwa 10 Herren gegründet worden. Schon im Jahre 1920 konnte der Verein 130 Mitglieder zählen, welche Zahl sich im Jahre 1921/22 auf über 180 Mitglieder erhöht hat. Von diesen lebt ein Teil im Reich zerstreut. Weiter wird vom Referat

* Dieses Protokoll ist uns unlängst durch Herrn Theodor Hummel, Berlin, zur Besichtigung in der „R. B.“ überhandt worden. Das Protokoll der nächstfolgenden Generalversammlung (vom 8. Juli) ist uns — gleichfalls zur Besichtigung — in Aussicht gestellt. D. Schriftl.

renten auf die große Bedeutung des Zusammenschlusses aller Deutschen aus dem Kaukasus hingewiesen. Schon anfangs verfuhr die Vereinigung der Deutschen aus dem Kaukasus durch den Anschluß an den Bund der Auslandsdeutschen seinen Mitgliedern einen positiven Nutzen zu erzielen, was auch nicht ohne Erfolg war, da der Bund, wie bekannt, einen starken Einfluß auf die Entschädigungsangelegenheit und die diesbezügliche Gesetzgebung ausübte. In den Versammlungen sind von gut informierten Herren Vorträge über die Entschädigungsfrage gehalten worden, welche die Mitglieder über den Lauf der Angelegenheit informierten. Im März 1921 erfolgte der Zusammenschluß sämtlicher Vereine der verschiedenen Gebiete Russlands in dem Zentralkomitee. Das Zentralkomitee als solches fand seitdem in enger Fühlung mit dem Auswärtigen Amt und den für die Rückwanderer maßgebenden behördlichen Stellen. Die Ziele des Zentralkomitees erstrecken sich hauptsächlich auf die Unterstützung der Kolonien in den Hungergebieten Russlands und den Wiederaufbau der Kolonien in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Der Vortragende hob hierbei die besonders wertvolle und nutzbringende Tätigkeit des Herrn Theodor Hummel hervor, wofür es zu danken ist, daß eine engere Verbindung mit der alten Heimat hergestellt wurde, und welcher in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralkomitees es verstanden hat, dem Verein neue Ziele zu eröffnen.

In Fortsetzung seines Berichtes teilt Herr J. Raefler mit, daß dank der Anregung unserer Organisation das deutsche Krankenhaus in Tiflis von einer hier ins Leben gerufenen Organisation, der Wilkroß-Stiftung, unterstützt wird und bereits 2 Ärzte dorthin entsandt worden sind. Außerdem ist es gelungen, schon 3 Lehrer an das deutsche Realschulgymnasium in Tiflis zu verpflichten und die Entsendung weiterer 3 Lehrer für das Helenendorfer Realschulgymnasium zu sichern. Herr Raefler fährt weiter aus, daß die Aufgaben des Vereins ständig wachsen, hauptsächlich durch das Eintreffen einer größeren Zahl deutschstämmiger junger Leute (etwa 50) aus dem Kaukasus, welche in Deutschland auf den Hochschulen studieren, teilweise auch sich praktisch ausbilden wollen. Laut den neuen Schätzungen habe sich der Verein das Ziel gesetzt, der studierenden Jugend in jeder Weise behilflich zu sein, sei es durch pekuniäre Hilfe, sei es durch Unterstützung bei den Behörden und Hochschulen. Herr Hummel werde über diese Angelegenheit näheres berichten. Zum Schluß zählt der Vortragende noch die im letzten Geschäftsjahr vom Verein getroffenen Veranstaltungen auf und weist darauf hin, daß trotz der sehr knappen Mittel des Vereins es möglich gewesen ist, sich durch Spenden (es find 700.— Mk. gesammelt worden) an einer vom Frauenverein der evangelischen Pfälzergemeinde veranstalteten Weihnachtsbescherung für Kinder zu beteiligen. Außerdem wird berichtet, daß im verfloffenen Geschäftsjahr 9 Mitgliederversammlungen, eine gesellige Veranstaltung und ein Vereinsausflug stattgefunden haben.

Der Bericht wird von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.

Das Wort wird nun von dem Versammlungsleiter dem Schatzmeister, Herrn Jeschor, erteilt, welcher in seinem Vortrag über die Schwierigkeiten der Vereinskasse seit dessen Gründung berichtet, was hauptsächlich auf den unregelmäßigen und verzögerten Eingang der Mitgliedsbeiträge zurückzuführen sei. Beispielsweise siehe zur Zeit noch die Hälfte aller Mitgliedsbeiträge aus. Hierauf verliest Herr Jeschor den Rechnungsbildbericht und den Kassensbericht, nach welchem das Geschäftsjahr mit einem Kassensstand von Mk. 566,25 abschließt, und bittet um die Entlastung.

Der Versammlungsleiter erteilt daraufhin das Wort den Kassensprüfern. Herr Feldmüller berichtet über die Prüfung der Kasse und Bücher, wobei er mitteilt, daß er zufolge Abwesenheit des 2. Kassensprüfers, Herrn Braeter, die Prüfung der Kasse allein vorgenommen hat. Herr Feldmüller drückt seine Bewunderung darüber aus, daß es dem Schatzmeister möglich gewesen ist, bei den kleinen Mitteln und den mangelhaften Beitragseingängen und großen Auslagen die Finanzen des Vereins überhaupt in Ordnung zu halten und mit einem Kassensstand abzuschließen. Herr Feldmüller teilt mit, daß er die Kasse in besser Ordnung und mit den Büchern und Belegen übereinstimmend gefunden hat, und bittet die

Versammlung, dem Herrn Jeschor Entlastung zu erteilen, was seitens der Versammlung mit Beifall und Dankesausdrücken geschieht.

Hierauf wird von dem Vorsitzenden das Wort Herrn Hummel erteilt. Herr Hummel weist nochmals auf die großen Ziele, die sich der Verein gesetzt, hin und betont, daß die Hauptaufgaben des Vereins darin bestehen, die Beziehungen mit dem Deutschtum im Kaukasus zu pflegen und zu fördern. Dieses sei zu erreichen durch die Förderung der deutschen Schulen im Kaukasus und die Unterstützung der hier studierenden Jugend und schlägt vor, zu letzterem Zweck eine Unterstützung ins Leben zu rufen. Er weist darauf hin, daß bis jetzt durch das Zentralkomitee und reichsdeutsche Organisationen unserer Studenten schon kleinere Mittel zugeflossen sind und daß der deutsche Bursenverband in Helenendorf für seine hier studierenden Mitglieder schon größere Summen überwiesen hat, daß aber dieses alles lange nicht ausreicht und daß auch der Verein nach Möglichkeit zu diesem Hilfszweck beizutragen beabsichtigt sein muß, um mitzuhelfen, für den späteren Aufbau die jungen Leute heranzubilden. Die Unterstützungskasse für die Studierenden ist als Darlehenskasse gedacht. Den Studenten sollen Gelder leihweise vorgestreckt werden, die dieselben in Verlauf von 3-5 Jahren nach Beendigung ihres Studiums zurückzahlen haben. Es soll dadurch eine Kasse ins Leben gerufen werden, die auch später jungen Leuten aus dem Kaukasus die Möglichkeit gäbe, hier zu studieren, und weist darauf hin, daß der Anfang dazu schon gemacht ist, indem ein hochherziger Gönner zwecks zeitweiliger Unterstützung der Kasse Mark 35 000.— zur Verfügung gestellt hat. Es wird vom Vortragenden noch kurz über die einzelnen Studienfächer der kaukasischen Studenten berichtet. Im weiteren weist Herr Hummel auf die Notwendigkeit hin, in enger Fühlung mit der alten Heimat zu treten, empfiehlt den Mitgliedern, die in Tiflis erscheinende „Kaukasische Post“ zu abonnieren, welche auch als Berichtsorgan für die Tätigkeit des Vereins in Anspruch genommen werden könne. Dann gibt Herr Hummel noch einen kurzen Bericht über die Lage der deutschen Kolonien in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung und macht der Versammlung hierbei die erfreuliche Mitteilung, daß es dem Zentralkomitee gelungen ist, mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes Saatgetreide für die Kolonien in den Hungergebieten Russlands zu beschaffen und auf zuverlässigem Wege nach Südrussland zu befördern. Sodann berichtet er über die furchtbare Not in den Wolga- und Schwarzmeerkolonien und über die Tätigkeit des Zentralkomitees und die Erfolge Pastor Schlemmings bei seiner Werbetätigkeit in Amerika.

Hierauf nimmt Herr J. Raefler das Wort, um der Versammlung einen Gruß des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden, Herrn Legationssekretär Lorz, zu übermitteln. Der Versammlungsleiter bittet dann die Versammlung, den Vorstand zu entlasten und zur Wahl eines neuen Vorstandes zu schreiten. Es wird vorgeschlagen, die Anzahl der Mitglieder auf 7 zu erhöhen und gleichzeitig Vorschläge darüber, wer zu wählen wäre, zu machen.

Herr Jeschor schlägt vor, den Vorsitzenden des Verbandes Studierender Kaukasusdeutscher mit in den Vorstand des Vereins aufzunehmen. Herr Hummel spricht sich dagegen aus, unter dem Hinweis, daß dadurch die Studenten von ihrer Arbeit abgehalten werden könnten, mit der Begründung, daß der Vorsitzende sowieso schon als Vorstandsmittglied kooperiert ist. Ein Antrag aus der Versammlung, den alten Vorstand wieder zu wählen, wird einstimmig angenommen. Sodann wird zur Wahl von 2 neuen Mitgliedern geschritten. Es werden 69 Wahlzettel abgegeben. Herr Feldmüller erhält 48, G. Raefler 28, E. Janowsky 19, Wunderlich jr. 18, Wolgummitz 13, Bardorb 9, Rose 3, Sarkow 2 und Witke 1 Stimme. Demnach sind neu gewählt in den Vorstand: Herr Feldmüller und Herr Egon Raefler, und als Kandidaten für ausfallende Vorstandsmittglieder zählen: Herr Janowsky, Herr Wunderlich und Herr Wolgummitz. Die Schwadronen nehmen die Wahl an und erklären sich zu tatkräftiger Arbeit bereit.

Hierauf wird das Wort Herrn Mosler erteilt, welcher über den gegenwärtigen Stand der Entschädigungsfrage ausführlich berichtet und den Antrag stellt, einen Beschluß über den korporativen Eintritt aller Mitglieder des Vereins in den Bund der Auslandsdeutschen zu fassen. Herr J. Raefler schlägt vor, diese Frage zu vertagen, da dieselbe noch nicht genügend geklärt sei. — Der Antrag des Herrn Jeschor, den Mitgliedsbeitrag für das laufende Jahr auf Mk. 20.— festzusetzen, wird angenommen. Er weist dabei aber darauf hin, daß auch bei diesem Mitgliedsbeitrag die Ausgaben nicht mehr gedeckt werden können, und fordert die Mitglieder auf, durch freiwillige Bei-

träge den Kassensstand zu fördern. Es wurden an freiwilligen Beiträgen im Laufe des Monats Mk. 888.— von der Kasse eingenommen.

Herr J. Raefler schlägt der Versammlung vor, die Feststellung des Zeitpunktes für das Stiftungsfest der nächsten Versammlung des Vereins vorzubehalten.

Der Vorsitzende schließt die Versammlung um 11 Uhr abends.

Bez.: Egon Raefler A. Jeschor
J. Raefler E. Reier
Anton Ropy Richard Stadlaender
W. Niesel G. von Münch
Th. Hummel.

Aus dem Leben der Deutschen in Georgien.

Bericht über die Lehrerkonferenz zu Elisabethtal vom 4.—6. August 1922.

(Schluß)

Zweiter Sitzungstag.

Anwesend dieselben, außer den drei Vertreterinnen der Helenendorfer Schule. H. Bühl berichtet über „Mittel und Wege zur Pflege der Muttersprache“. Der höchst interessante Stoff und die scharfsinnigen, bergewinnenden Vortrageweise tun das Ihrige. Der Referent führt seine Zuhörer ohne Schwierigkeiten an den höheren Regionen (nach H. Bühls Vortrag) in die einfachen Verhältnisse seiner Draischule: Esther Schultag. Vor uns eine Schöne Schweizer A.G.-Schule. Unter ihnen der öfter erwähnte Fräulein, der auf die Frage des Lehrers in hochdeutscher Sprache, wie er denn gehe, die Antwort schuldig bleibt. Welch dankbares Material — diese summe, unzulängliche Kinderjahre! Wie rein und mannigfaltig die Formen, die da unter des Meisters geschickter Hand hervorragen! Schon nach etlichen Monaten sehen wir den erfahrenen Lehrer, umgeben von einer Schar zutraulicher, munter plaudernder Kinder. Ihre Augen leuchten. Sie halten an des Lehrers Lippen. Sie lesen in seinen Augen. Immer wieder werden sie befragt, ihre Gefühle, Beobachtungen und Erlebnisse einander und dem Lehrer mitzuteilen, sei es an der Hand von verschiedenen Anschauungsmaterialien (Schicks Bibel nicht ausgeschlossen), sei es auf Spaziergängen, Kinderreisen usw. Das heißt man frühlich lernen, jünger wir noch hinzu, daß die Kinder im ersten Schuljahr auch eine hinreichende Fertigkeit im Lesen und Schreiben erreichten, so haben wir allen Grund anzunehmen, daß hier die Muttersprache mit größtem Erfolg gepflegt worden ist, und zwar durch den Zusammenfluß zur Arbeitsgemeinschaft. In diesem Geiste wird der Unterricht mit gleichem Erfolg im Laufe der nächsten Schuljahre weitergeführt. — Der Vortrag findet allgemeinen Beifall und ist der Referent gezwungen, mitunter Verhinderungspausen eintreten zu lassen. Die fast zweiwöchigen Debatte gestalten sich nicht weniger interessant, als das Referat selbst. In der Hauptfrage sind es die Leiter der A.G. Klassen, die den neuesten Methoden im Schreib- und Lesunterricht das größte Interesse entgegenbringen, und wird deshalb der Vorschlag von Frau Walling, zur nächsten Konferenz über den Schreib- und Lesunterricht nach Montefiore u. a. zu referieren, vordringend angenommen. Die Vorträge in Deutsch, vorgelesen von Herrn Schödel, Hülshuberthal, und im Zeichen, vorgelesen von Herrn Kapeller Tiflis, erhalten das Prädikat „sehr befriedigend“. Herr C. v. Sapp teilt mit, daß seine „Geographie Georgiens“ bereits verfaßt sei, es fehle aber an den notwendigen Summen zur Deduktion der Ausgaben für die Drucklegung. Frau Wunderlich und G. Pfeiffer hoffen, durch den „Kassensproben“ die entsprechenden Summen auszuwirken.

Letzter Sitzungstag.

Es werden die Arbeiten für die nächste Konferenz die voraussichtlich in Marienfeld stattfinden soll, bestimmt und verteilt. Das Referat: „Die Arbeitsschule in Sowjet-Georgien“ übernimmt G. Pfeiffer. Ueber den Schreib- und Lesunterricht nach Montefiore u. a. werden Frau Walling und Herr Wagner referieren. Das Referat: „Der geographische Arbeitsunterricht“ mit angelegener Lehrprobe in der 3. Abteilung übernimmt Lehrer Schüle. Zwei Referate über den „naturwissenschaftlichen Unterricht in der Arbeitsschule“ mit angelegener Lehrprobe in der 4. Abteilung übernehmen Herr Wagner in Zoologie und Herr Suttendorfer in Botanik. Das Referat: „Meine Erfahrungen auf dem Gebiete des Aufsichtswesens“ mit einer Lehrprobe: „Die Vorbereitung eines Aufsichtes in der 5. Abteilung“ übernimmt Lehrer Walter. Mit der Einberufung der nächsten Lehrerkonferenz werden Fel. v. Strauß, Bühl, Schödel, Pfeiffer beauftragt. Der Vorschlag, die Konferenzen im Interesse der deutschen Gemeinden und scheidende Darbietungen anzuschließen, wird einstimmig angenommen.

Herausgeber: Der B.-B. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen — für die Redaktion verantwortlich: Cand. jur. Alexander Fufajeff, im Auftrage des Redaktionskomitees.